Nein zum Kopftuch-Verbot!
Kein Berufsverbot für Frauen

Ein Kopftuchverbot in der Schule oder im öffentlichen Dienst wird viele Frauen in die finanzielle Abhängigkeit von ihren Familien drängen oder zur Annahme von Billigjobs zwingen. Wir widersprechen der Behauptung, dass ein Kopftuchverbot einen Beitrag zur Gleichberechtigung von muslimischen Frauen leistet. Dass jede Kopftuch tragende Muslimin von männlichen Familienmitgliedern dazu gezwungen wird, ist eine Unterstellung, die Frauen entmündigt. Ein Kopftuchverbot erkennt Frauen das Recht ab, selbst zu entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen wollen oder nicht.
Jede Frau muss das Recht haben, einen Beruf ihrer Wahl auszuüben – unabhängig von ihrer Kleidung und Religionszugehörigkeit.
Jede Muslimin muss das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie das Kopftuch tragen will!

Dass sich unter jedem Kopftuch ein Opfer ihrer männlichen Familienangehörigen oder eine demokratiefeindliche Terroristin verbirgt, sind Vorurteile, die ein gesellschaftliches Klima von Angst und Feindseligkeit gegenüber Muslimen schüren. Wie das Zentrum für Christlich-Islamische Studien in Wien feststellte, hat der so genannte „Krieg gegen den Terror“ seit dem 11. September 2001 zu einer Zunahme von antiislamischem Rassismus und gewalttätigen Übergriffen auf Muslime in der gesamten EU geführt. Die Hysterie über die angebliche Gefahr eines islamischen Terrorismus in Deutschland entbehrt jeglicher Realität und bekommt durch die Debatte über ein Kopftuchverbot neuen Stoff.
Kein Mensch darf wegen seiner Religionszugehörigkeit kriminalisiert werden.
Jeder Mensch hat das Recht auf freie und öffentliche Ausübung seiner Religion (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 4, 137 und Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 18).

Name	Anschrift	Unterschrift

an die Bundesregierung, sowie an die Bundesvorstandsvorsitzenden von SPD, Grünen und PDS
an die Länderregierungen, sowie an die Ländervorstandsvorsitzenden von SPD, Grünen und PDS

Erstunterzeichner:

Einzelpersonen, Gemeinden und Organisationen, die hier als Unterstützer genannt werden, bitte mit Email an kein-berufsverbot@gmx.de

Ausgefüllte Listen bitte an: PF 44 03 46, 12003 Berlin oder Fax: 63 22 56 20

V.i.S.d.P.: S.Kimpel, 10965 Berlin